

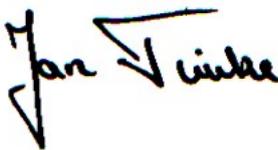
7

Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) in der Fragestunde

**Extremistische Strukturen der Partei DIE LINKE**

Ich frage den Senat:

1. Sind die im Bundesverfassungsschutzbericht behandelten extremistischen Strukturen der Partei DIE LINKE und hier namentlich die Gruppierungen Kommunistische Plattform (KPF), Sozialistische Linke (SL), Antikapitalistische Linke (AKL) sowie marx21 nach den Erkenntnissen des Senats auch im Land Bremen existent und wenn ja, wie viele Mitglieder umfassen die genannten Zusammenschlüsse jeweils?
2. Sind die in Frage 1. genannten linksextremistischen Strukturen im Land Bremen Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes und wenn nicht, warum weicht die behördliche Einschätzung dieser Teilorganisationen in Bremen von der des Bundes und anderer Bundesländer ab?
3. Liegen dem Senat Erkenntnisse über Querverbindungen des Bremer Landesverbandes der Partei DIE LINKE oder Teilen davon zu parteiexternen linksextremistischen Strukturen bzw. Einzelpersonen vor und wenn ja, wie sehen diese Verbindungen konkret aus?



Jan Timke, MdBB  
Wählerversammlung BÜRGER IN WUT

# Antwort des Senats vom 14.02.2021

**Ressort: Inneres (Staatsrat Olaf Bull)**

**Zu Fragen 1+2:** Zu den Fragen 1 und 2: Dem Senat ist bekannt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz extremistische Teilstrukturen der Partei DIE LINKE wie die Antikapitalistische Linke mit 1 060 Mitgliedern bundesweit, die Kommunistische Plattform mit 1 122 Mitgliedern, die Sozialistische Linke mit 953 Mitgliedern bundesweit und marx21 mit 300 Mitgliedern bundesweit im Verfassungsschutzbericht 2019 aufgeführt hat. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet weder die Partei DIE LINKE noch die genannten Gruppierungen. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür liegen nicht vor.

**Zu Frage 3:** Dem Senat liegen keine Erkenntnisse hierzu vor. – So weit die Antwort des Senats

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

**Abgeordneter Jan Timke (BIW):** Vielen Dank. Herr Staatsrat, Sie haben meine Frage nicht beantwortet: Ich hatte gefragt, ob diese genannten Organisationen auch in Bremen existent sind. Darauf sind Sie nicht eingegangen.

Staatsrat Olaf Bull: Herr Abgeordneter, die Anfrage kann ich in diesem Punkt nicht beantworten, weil der Senat keine Kenntnis hat. Es liegen keine gesetzlichen Voraussetzungen vor, diese Gruppierungen zu beobachten.

+++